

Öffentliche Sitzung

Protokoll Nr.:	1/2022
Sitzung:	Gemeinderat
Datum:	25.01.2022
Zeit:	18:00 Uhr – 21:25 Uhr
Ort:	Aula Schulzentrum, Alter Postweg 10
Vorsitz:	Bürgermeister Volk
Mitglieder anwesend:	<p><u>Grüne</u> Stadträtinnen Groesser, Schlüchtermann, Weber und Dr. Welter; Stadträte Katzenstein und Konrad</p> <p><u>FW</u> Stadträtin Stephanie Streib, Stadträte Rehberger, Dr. Rothe, KH Streib und Wachert</p> <p><u>CDU</u> Stadträtinnen Weichert, Oppelt und von Reumont, Stadtrat Schendzielorz und Wagner (ab 18:40 Uhr)</p> <p><u>SPD</u> Stadträtinnen Striegel und Linier (ab 19 Uhr), Stadträte Bergsträsser, Hertel, Hornung und Schimpf</p> <p><u>Linke</u> Stadtrat La Licata</p> <p><u>Ohne Fraktionszugehörigkeit</u> Stadtrat Fritsch</p>
weiter anwesend:	<p>Frau Vollmer (FB 1), zu TOP 5: Valentina Tornabene, Stacey Bode, Luise-Lotte Scheerer Zu TOP 6: Mathis Belschner, Sinan Bozbayir Zu TOP 7: Felicia Welter, Jonas Pittmann; Leonie Reess online zugeschaltet</p>
Mitglieder entschuldigt:	Stadträtin Geißler, Stadträte Scholl und Bernauer
Urkundspersonen:	Stadträtinnen Striegel und Weichert
Sachvortrag:	Frau Vollmer zu TOP 4
Schriftführerin:	Frau Polte

Bürgerfragestunde

Ein Mückenlocher Bürger nimmt Bezug auf den gestrigen Artikel in der Rhein-Neckar-Zeitung zum Bau einer Fotovoltaikanlage auf der Mückenlocher Mülldeponie. Er erinnert daran, den Bürgermeister in der Bürgerfragestunde am 26.10.2021 dazu befragt und von seinem Schriftwechsel mit Minister Hauk informiert zu haben. Damals habe der Bürgermeister geantwortet, alleiniger Hinderungsgrund für den Bau sei die noch nicht erfolgte Renaturierung, die die Stadt an die 100.000 Euro kosten solle. Ein vereinbartes Gespräch mit dem Landratsamt habe der Bürgermeister abgesagt. In aggressivem Ton betont er, das habe wohl nicht der Wahrheit entsprochen. Er könne dem Kreistagskollegen Geißler nur danken, dass er die unlauteren Machenschaften des Bürgermeisters aufgedeckt habe. Der Bürgermeister entzieht dem Bürger das Wort. Das gehe zu weit. Er lasse sich nicht anbrüllen und „Machenschaften“ unterstellen. Im Anschluss erläutert der Bürgermeister, die von ihm vorgetragene Begründung sei zuvor immer Standpunkt des Landratsamtes gewesen. Man müsse bedenken, dass es im Landratsamt verschiedene beteiligte Fachbehörden gebe, die unterschiedlicher Auffassung sein können. Fakt ist: entweder müsse man zu einer „Konversionsfläche“ kommen, oder einen anderen Weg nehmen, um die Realisierung zu erreichen. Das genannte Gespräch sei nicht abgesagt, sondern vertagt worden. Demnächst werde es eine Klausurtagung mit dem Klimaschutzbeirat geben, wo man sich intensiv mit dem Thema Fotovoltaik beschäftigen werde und um die Umsetzung bemühen. Die Rahmenbedingungen müssten allerdings stimmen.

Der Bürger spricht weiterhin die Entfernung von Stühlen und Mobiliar aus dem Mückenlocher Gemeindehaus an. Der Bürgermeister habe ihm versprochen, dass neue Stühle gekauft werden. Passiert sei nichts. Der Bürgermeister antwortet, das sei auch sinnvoll gewesen, denn die freien Räume hätten es möglich gemacht, den Kindergarten im Gemeindehaus nun um eine Gruppe zu erweitern.

Eine Vertreterin der Bürgerinitiative „Achtung Rainbach“ erkundigt sich nach TOP 10 auf der Tagesordnung. Vieles sei noch unklar, und es sei verwunderlich, dass der TOP nun so auf der Tagesordnung stehe, obwohl noch viele Diskussionen um die künftige Bebauung im Laufen seien. Ein städtisch initiiertes Bebauungsplan sei noch im Gespräch, und man müsse auch beachten, dass auf dem Gelände streng geschützte Tierarten leben. Gebe es ein Gutachten über den Naturschutz? Werde § 44 Bundesnaturschutzgesetz eingehalten? Wenn der Bauherr erst einmal abgerissen habe, sei alles unwiderbringlich zerstört. Außerdem: der Weiler Rainbach sei Teil der Erhebung Dilsberg, und als solcher (sowohl Neckarweg als auch der Neckarberg) explizit im Landschaftsschutzgesetz erwähnt. In diesem Gesetz gehe es darum, markante Einzelgebiete zu erhalten, sowie die Tierwelt und Vielfalt. Auch die Menschen sollen weiterhin Zutritt haben können. Zusätzlich nimmt sie Bezug auf das Starkregengutachten der Fa. Geomer, veröffentlicht auf der städtischen Homepage. Bei Starkregen wären die Häuser am Hang gefährdet. Der Neckarberg sei ein Kieshang, der leicht ins Rutschen kommen könne. Diesbezüglich hätte sie gerne eine Stellungnahme. Könne die Verwaltung das verantworten, auch wenn juristisch das Landratsamt zuständig sei? Der Bürgermeister betont, für alle Naturschutzbelange sei die Naturschutzbehörde zuständig, nicht die Stadt Neckargemünd. Der Antrag habe auf die Tagesordnung gesetzt werden müssen, denn ein Bauherr, der einen solchen einreiche, habe Anspruch auf Behandlung. Das Landratsamt habe befunden, dass die Versagung des Einvernehmens in einer früheren Gemeinderatssitzung rechtswidrig gewesen sei. Es sei damit nicht gesagt, ob der Bauherr den Abriss in Gänze vornehmen wolle. Für einen

Abriß wäre eigentlich kein Antrag notwendig, er sei nur aus Gründen der Rechtssicherheit erfolgt. Zum Thema Starkregen: die Stadt habe die Starkregenkarten schon vor der Ahrtalkatastrophe auf die Homepage setzen können, weil sie sich in weiser Voraussicht schon frühzeitig davor mit dem Thema Starkregen befasst habe. Der Bauherr werde mit Sicherheit allein schon aus Eigeninteresse auf die Starkregenkarten achten. Zum Landschaftsschutz: das Gelände, auf dem abgebrochen werden solle, sei nicht Bestandteil des Gebietes, sondern grenze nur an. Auch das werde das Landratsamt bzw. die Naturschutzbehörde prüfen. Allerdings habe der Abbruch eines Gebäudes mit dem Landschafts- und Naturschutz erstmal nichts zu tun. Auf die Frage der Bürgerin, an wen sich besorgte Bürger wenden können, teilt er mit, dass die Naturschutzbehörde im Landratsamt die richtige Ansprechpartnerin sei.

Ein Dilsberger Bürger kritisiert, der Bürgermeister lobe zwar vielfach die Bürger, aber wenn diese ihm schrieben, antworte er nicht darauf. Der Bürgermeister verwehrt sich gegen den Vorwurf. Dieser stimme nicht. Der Bürger habe Antwort bekommen, auch wenn er sie nicht für aussagekräftig halte. Er habe dem Bürger schon mehrfach geantwortet, allerdings schreibe er teilweise in unverschämtem Ton. Es sei daher schwierig, eine sachgerechte Kommunikation zu pflegen.

1: **Vorlage und Kenntnisnahme des Protokolls Nr. 12/2021 vom 16.12.2021**

1.1: **Sachvortrag:**

Das Protokoll liegt den Stadträten im Wortlaut vor.

1.2: **Beratung:**

Stadträtin Groesser korrigiert, sie habe bei „Mitteilungen und Anfragen“ auf S. 11 nicht nach Informationen aus dem Krisenstab gefragt, sondern die Vorlage des Katastrophenplans angemahnt.

Stadtrat Katzenstein korrigiert die Anwesenheitsliste; an der Sitzung habe er nicht teilgenommen, sei entschuldigt gewesen.

1.3: **Beschluss:**

Das Protokoll wird mit den Änderungen befürwortet und von den Urkundspersonen unterzeichnet sowie vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen.

2: **Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Gemeinderatssitzung Nr. 10/2021 vom 07.12.2021 gefassten Beschlüsse**

2.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 1 Öffentlichkeitsarbeit, Gremien ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

2.2: **Beratung:**

-

2.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt die Umsetzung der vorgetragenen Mietvertragsanpassung für die Kinderbetreuung „Rappelkiste“ in der

vorgeschlagenen Form mehrheitlich mit 15 Ja-Stimmen, 3 Gegen-Stimmen und 5 Enthaltungen.

3: **Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Gemeinderatssitzung Nr. 11/2021 vom 16.12.2021 gefassten Beschlüsse**

3.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 1 Öffentlichkeitsarbeit, Gremien ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

3.2: **Beratung:**

-

3.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt, zur Neuvergabe des Freibadkiosks für die Saison 2022 die Verwaltung zu beauftragen, in Verhandlungen mit dem Bewerber zu treten, der in der Abstimmung die höchste Stimmenzahl erhalten hat. Sollten diese Verhandlungen nicht zu einem Abschluss führen, wird die Verwaltung beauftragt, mit dem Bewerber mit der zweithöchsten Stimmenzahl neue Verhandlungen zu beginnen. Zudem wird die jährliche Mindestpachthöhe festgelegt.

4: **Jugendbeteiligung: mündlicher Sachstandsbericht**

Der Bürgermeister führt in die Thematik ein. Die dauerhafte Jugendbeteiligung an der Kommunalpolitik halte er für eminent wichtig. Er selbst habe sich, damals noch selbst als Gemeinderat, für die Einrichtung eines Jugendgemeinderates eingesetzt. Damals habe sich noch nichts ergeben. Ein neuer Anlauf in den Jahren 2019/2020; ursprünglich auch als Jugendgemeinderat initiiert, und in Form von Interessenbündelung für Projektarbeit angelegt, war nun auf großes Interesse der Jugendlichen gestoßen. Inzwischen habe das Ganze Fahrt aufgenommen und die Jugendlichen legten schon vor einer förmlichen Festlegung los. Er lobt das große Interesse und Engagement der beteiligten Jugendlichen.

4.1: **Sachvortrag:**

Frau Vollmer stellt anhand einer Präsentation die Historie der Jugendbeteiligung vor. „Corona“ habe den ersten Anlauf etwas abgebremst, in einem zweiten Aufschlag habe man die Jugendlichen auch mit digitalen Formaten angesprochen, und die nun interessierten Jugendlichen seien deutlich jünger als die vorigen. Im ersten Jugendforum hätten sich spontan schon Gruppen nach ihren Interessengebieten zusammengetan, deren erste Projekte in der Folge vorgestellt würden. Die Gruppe „Jugendgemeinderat“ hätte sich trotz anfänglich hohem Interesse der Jugendlichen bisher noch nicht zusammengefunden – mehrere Termine seien geplatzt, weil keine Jugendlichen erschienen seien. Man schließe daraus, dass die Interessierten mit dem derzeitigen freieren Format anscheinend zufrieden sind und gut zurecht kommen, daher gehe man erst einmal auf diesem Wege weiter. - Die Präsentation wird dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Der Bürgermeister lobt, dass in der Folge Projekte vorgestellt werden, die aus der Jugend selbst kommen.

4.2: **Beratung:**

-

4.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat nimmt die Informationen zur Kenntnis.

5: **Jugendbeteiligung: AG „Chancengleichheit und Barrierefreiheit“: Überprüfung Barrierefreiheit, Fördermöglichkeiten vereinfachen**

5.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 1 Öffentlichkeitsarbeit, Gremien ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt. Die Jugendlichen tragen ihr Projekt anhand einer Präsentation vor, das dem Protokoll als Anhang beigegeben wird.

18:40, Stadtrat Wagner kommt zur Sitzung.

5.2: **Beratung:**

Die Sprecher aller Fraktionen sprechen den Jugendlichen ihren Dank für ihr Engagement und ihre hervorragende Aufbereitung ihrer Projekte aus.

Stadträtin Schlüchtermann gibt ihrer Freude, dass Jugendliche nun endlich in der Stadt beteiligt werden, zum Ausdruck. Trotzdem gebe es im Gemeinderat immer noch den Wunsch nach einem Jugendgemeinderat. Sie begrüßt, dass die Jugendlichen schon eigene Projekte entwickelt haben – gut durchdachte Vorschläge, die dem Gemeinwohl dienen. Barrierefreiheit sei dem Gemeinderat immer schon ein großes Anliegen gewesen. Es gebe bereits einen AK Barrierefreiheit, entwickelt aus dem Stadtleitbild-Prozess, dem sich die Jugendlichen anschließen könnten. Beim Thema Chancengleichheit habe die Fraktion sehr beeindruckt, dass die Jugendlichen auch schon an die Finanzierung und Förderungen gedacht, und bereits die Umsetzungsmöglichkeiten im Blick habe.

Stadträtin Streib dankt den Jugendlichen ebenfalls für ihr ehrenamtliches Engagement. Im Gemeinderat sei die Jugendbeteiligung schon seit 2014 ein Thema. Sie erinnere sich gerne an das Jugendforum, wobei sie erlebt habe, wie kreativ die Jugendlichen dort gearbeitet haben. Speziell zum Thema Barrierefreiheit möchte sie wissen, was nach Abschluss des Projekts passiert. Die Jugendlichen sollten nicht frustriert aus dem Projekt herausgehen müssen, wenn es mit der Umsetzung nicht weitergeht. Würden die Ergebnisse aus den Begehungen zur weiteren Bearbeitung an die Stadt weitergegeben werden? Dies bestätigen die Referentinnen. Sie würden eine Priorisierung vornehmen, die auch der Gemeinderat erhalten solle. Sehr sinnvoll empfindet Stadträtin Streib auch die umfangreichen Recherchen zu den Fördermöglichkeiten – das koste sehr viel Zeit und sei sehr wertvoll. Wichtig sei im Anschluss, dass das dann auch immer aktuell gehalten wird.

Stadtrat Schimpf wiederholt, dass das Thema Barrierefreiheit die Stadt schon seit Jahrzehnten begleitet. Vor Jahrzehnten hätten sich die Jungsozialisten auch schon einmal an die Thematik gemacht und eine Broschüre erstellt, die die Zugangsmöglichkeiten in den Geschäften beschrieben habe. Deshalb wäre es beim praktischen Rundgang auch sehr wichtig, in den Geschäften nachzufragen, welche Möglichkeiten es derzeit gebe, die Barrierefreiheit zu fördern. Es sei sehr wichtig, diesbezüglich im Gemeinderat einen Zwischenbericht zu erhalten.

Stadtrat Fritsch lobt ebenfalls die Jugendlichen – sie hätten klar erkannt, wo es „brennt“ in Neckargemünd. Es freut ihn besonders, dass sie das jetzt öffentlich machen. Er sei stolz auf die Jugendlichen.

Stadtrat Wagner dankt den Jugendlichen ebenfalls für ihre gute Arbeit.

Stadträtin Striegel schlägt den Jugendlichen vor, sich mit den Kindergärten zu vernetzen, so dass diese die zusammengestellten Förderangebote auch auf den dortigen Homepages verlinken können.

Dem Bürgermeister gefällt besonders die Idee der Jugendlichen, ihre Fördermöglichkeiten zu übersetzen – nicht nur in Fremdsprachen, sondern er regt auch an, in einfache Sprache. Schließlich seien Förderanträge oft sehr kompliziert formuliert.

5.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat nimmt die Projektvorschläge zur Kenntnis, und spricht sich einstimmig dafür aus, dass die Jugendlichen die beiden Projekte weiterbetreiben und vom Gemeinderat sowie der Verwaltung wohlwollend unterstützt werden.

19:00 Uhr, Stadträtin Linier kommt zur Sitzung.

6: **Jugendbeteiligung: AG „Freizeitorte“: Antrag auf Einrichtung eines Skaterparks**

6.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 1 Öffentlichkeitsarbeit, Gremien ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt. Die Jugendlichen stellen ihr Wunschprojekt selbst vor. Die dazugehörige Präsentation wird dem Protokoll als Anlage beigelegt.

6.2: **Beratung:**

Der Bürgermeister erinnert daran, in der Vergangenheit habe man im Gemeinderat immer wieder überlegt, was sich die Jugendlichen wohl wünschen. Jetzt sei es optimal, dass die Jugendlichen selbst kommen.

Stadträtin Schlüchtermann ist begeistert über das sportliche Engagement. Für die Umsetzung gebe es gute Chancen, da nicht nur Einzelne, sondern eine größere Gruppe sich dafür einsetze. Die Grünen unterstützen die Initiative. Beachtet werden sollte: der Neckarlauer werde vielleicht in der Zukunft umgestaltet. Sie selbst befürworte immer generationenübergreifende Angebote; in einem Skaterpark

könnten Senioren den Jugendlichen gut beim Skaten zuschauen. Die Kosten müsse man im Blick haben. Zu den Standorten: beim Freibad wäre wegen der Kombination mit anderen sportlichen Angeboten möglicherweise gut. Sie lobt, dass die Jugendlichen vom Motto bis zur Finanzierung alles sehr gut durchdacht hätten. Die Spenden würden wohl nicht ausreichen, aber der Gemeinderat sei sicher wohlgesonnen.

Stadträtin Streib erinnert, ein Skatepark oder BMX-Parcours sei schon seit Jahren im Gespräch. Schön, dass eine Nutzung des Parks mit verschiedenen Geräten (Roller, Skates, Rad...) angedacht sei. Sie sei bei ihren Recherchen auf eine Firma gestoßen, die möglicherweise gute Unterstützung leisten könnte: die Landskate GmbH biete Workshops an, in denen Jugendliche und Gemeinderat sich über verschiedene Aspekte Gedanken machen könnten, etwas über Einbeziehung der Nutzer, Materialien, lfd Kosten für Instandhaltung. Der Standort an der Friedensbrücke sei aus verschiedenen Gründen nicht optimal: Hochwasser, Parkplatz, Bohrermarkt. Beim Standort Hochseilgarten würden ggf. Kosten für die Anlage anfallen. Die ehem. Aral-Tankstelle sei ihres Wissens in Privatbesitz.

Stadtrat Wagner gefällt das Projekt sehr gut, wegen der sportlichen Möglichkeiten. Hiervon gebe es in Neckargemünd nicht viele. Die CDU möchte den Vorstoß ebenfalls unterstützen. Der Standort Unter der Friedensbrücke sei eher kritisch wegen der genannten Gründe - andere Standorte deutlich entspannter. Bezüglich alter Hochseilgarten: gut, dass hier andere Sportgelegenheiten in der Nähe seien, aber auch die Fußballer wollten ggf. dort noch einen Platz. Positiv: die Zukunft der Sportart sei gegeben, da Skaten jetzt auch eine olympische Disziplin sei. Wichtig sei, dass die Stadt den Skaterpark als öffentlichen Platz ohne Zugangsbeschränkungen macht. Daher seien Plätze, die weiter weg von den Anwohnern sind, damit es keine Schwierigkeiten gibt, vorzuziehen.

Stadtrat Hertel weiß, dass solche Projekte optimalerweise von den Jugendlichen selbst ausgehen. Es habe schon Vorgänger gegeben: etwa eine Holz-Halfpipe im Schwimmbad, auch die Skate-Elemente am E-Werk. Sein Tipp: damit habe es immer mal wieder Probleme gegeben. Die alten Elemente seien eigentlich nur für Skater freigegeben gewesen. Die Leute seien dennoch mit dem Rad drübergefahren und dadurch sehr gefährdet. Auch hätten sie die Elemente auseinandergeschraubt und so zusammengebaut, wie sie es für gut hielten. Wichtig sei, dass Leute nicht auf die Straße herausrutschen können. Hinter dem Schwimmbad wäre idealer Platz für den Vorschlag der „eingegrabenen“ Variante aus der Präsentation. Er macht den Jugendlichen Mut zum Weitermachen. Man müsse allerdings bedenken, dass ein solcher Park auch ältere Jugendliche anlockt. Die Jugendlichen sollten sich nicht scheuen, Ansprechpartnern bei der Stadt Bescheid zu sagen, wenn es Probleme gibt. Der Platz am Schwimmbad wäre am besten zu realisieren, E-Werk weniger gut.

Der Bürgermeister ergänzt, vor dem Schwimmbad wäre auch noch eine Option unterhalb des Bolzplatzes zwischen Tennisplätzen und Schwimmbad.

Stadtrat La Licata dankt den Jugendlichen ebenfalls für die Beteiligung. Er sei sehr positiv davon überrascht gewesen, welche gute Arbeit beim Jugendforum geleistet

wurde. Ein offener Treffpunkt sei eine sehr gute Idee, daran fehle es in der Stadt. Seines Erachtens bietet sich der Standort am Schwimmbad am besten an – ggf. sei es sinnvoll, eine Machbarkeitsstudie vorzunehmen. Insgesamt: Tolles Projekt, toll ausgearbeitet.

Stadtrat Fritsch überlegt ebenfalls, welcher Standort am besten geeignet sei. Er regt an, links an der Jet-Tankstelle zur Eisenbahnbrücke hinunter zu prüfen. Am E-Werk sei auch noch ein Platz. Ihm gefällt, dass Plätze gesucht würden, an denen Jung und Alt zusammenkommen können.

Stadträtin Weber appelliert an die Stadt, man stehe katastrophal da, was öffentliche Plätze für Jugendliche betrifft. Problem in der Stadt ist, dass es oft sehr langsam geht. Sie wünscht sich, dass die Jugendlichen auf dem Platz skaten können, bevor sie ihr Abi haben. Auch ihr gefällt der Platz am Schwimmbad dafür am besten, und sie lobt die Arbeit der Jugendlichen.

Stadtrat Hornung fragt, ob die Jugendlichen Favoriten für die Gestaltung haben. Die Referenten antworten, sie seien eher für die Bowls, aber Stangen, Boxen, Treppen seien auch sehr gut geeignet.

Stadtrat Bergsträsser fragt, ob es möglich sei, dass das Thema in der letzten Sitzung vor der Sommerpause auf den Tisch komme?

Der Bürgermeister kann das nicht zusagen. Man brauche vorher eine Abklärung der rechtliche Rahmenbedingungen (Bauantrag oder mehr). Er sagt allerdings zu, man wolle so schnell wie möglich vorankommen. Bis zum Juli könne man ein Grobkonzept haben.

6.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat fasst einstimmig die folgenden Beschlüsse:

- Die Einrichtung eines Skaterparks wird befürwortet.
- Die Verwaltung wird beauftragt, in Planungen einzutreten bzw. diesbezüglich den Kontakt mit Ingenieuren und Fachfirmen aufzunehmen, mit dem Ziel, Fachexpertise einzuholen und Berichterstattung im Gemeinderat vor den Sommerferien. Dabei sollen die Themen Standort, Ausstattung, Finanzierung und Umsetzbarkeit beleuchtet werden.
- Die Jugendlichen sollen in Zusammenarbeit mit Frau Vollmer und dem Tiefbauamt Standortalternativen und –größen ermitteln, sowie bei der Überlegung, welche Geräte man einbauen wolle, speziell darauf zu achten, dass diese für die verschiedenen Sportgeräte gleichermaßen geeignet sein sollen.

7: **Jugendbeteiligung: AG „Umweltschutz“: Überdachung Fahrradstellplätze, Obstflohmarkt**

7.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 1 Öffentlichkeitsarbeit, Gremien ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt. Die Jugendlichen stellen ihr Wunschprojekt selbst vor. Die dazugehörige Präsentation wird dem Protokoll als Anlage beigefügt.

7.2: **Beratung:**

Stadträtin Schlüchtermann lobt, dass der Flohmarkt ein kleineres Projekt ist, das die Jugendlichen ganz alleine schaffen können, und zeitlich und finanziell begrenzt. Zu den Fahrradüberdachungen habe sich die Fraktion einige Gedanken gemacht. Viele Jugendliche fahren vor allem zum Schulzentrum, daher unterstütze man den Wunsch auf jeden Fall. Für die Grundschule müsste man eher überlegen, inwieweit sinnvoll – wahrscheinlich bräuchte man eher einen kleineren Platz. Besonders beeindruckt habe, dass die Jugendlichen – eigentlich bei allen vorgestellten Projekten - ganzheitlich vorgehen, Gemeinwohl und Umweltschutz zusammen denken. Wenn man am Schwimmbadstandort Solar auf die Überdachungen bringen könnte, wäre das Projekt evtl. lohnenswert. Alle Gruppen hätten ihre Projekte gut begründet. Bei der Finanzierung wünsche man sich, dass so viel wie möglich so schnell wie möglich umgesetzt werden könne. Wieviel Mittel man dafür aufbringen könne, müsse man sich überlegen. Positiv sei ihr auch aufgefallen, dass auf den Deckblättern der Vorlagen nun auch die Auswirkungen auf Klimaschutz und Stadtleitbild aufgeführt seien. Der erste Schritt sei nun getan. Nun werde man noch daran arbeiten müssen, ein langlebiges Gremium in Gang zu setzen. Nach „Corona“ werde man einen Platz brauchen, an dem sich die Jugendlichen auf Dauer treffen können. Sie spricht den Jugendlichen ihren Dank aus – in der Folge würden sie merken, dass die Mühlen manchmal langsam mahlen, und es Zeit brauche, bis Entscheidungen getroffen werden. Davon sollten sie sich nicht entmutigen lassen.

Stadträtin Streib dankt den Jugendlichen für ihre Präsentation. Es sei nachvollziehbar, dass der Wunsch nach überdachten Stellplätzen aufkomme. Für die Grundschüler auch an Rollerstellplätze zu denken, sei eine gute Idee, wenn auch die Plätze am Schulzentrum für vordringlich gehalten werden. Die Abstellplätze am Schwimmbad seien nur im Sommer stark frequentiert, im Winter dann eher weniger. Sie überlegt, ob es möglich sein könnte, die Jugendlichen in den Bau einzubinden, etwa im Werkunterricht o.ä., damit die Jugendlichen daran weiter mitarbeiten können. Der Obstflohmarkt sei auch eine sehr gute Idee, um den Austausch zu fördern sowie gesunde Ernährung. Den Schwimmbadparkplatz für den Flohmarkt zu nutzen, werde kein Problem sein, da voraussichtlich das Schwimmbad zu dieser Zeit dann auch schon geschlossen ist, so dass der Parkplatz frei ist.

Stadtrat Wagner spricht den Jugendlichen ebenfalls den Dank der CDU aus. Die Obst-Sharing-Idee habe sehr gut gefallen. Auch am Radweg, nicht nur am Schwimmbad, stehen Obstbäume, die man gewiss einbeziehen kann. Hinsichtlich der Überdachungen für Fahrradstellplätze fragt er sich, ob das tatsächlich der Wunsch der Jugendlichen selbst gewesen sei, oder eher der der Eltern. Seines Wissens sei es Kindern oft nicht so wichtig, wie das Rad aussieht.

Stadtrat Hertel dankt den Jugendlichen für ihre Arbeit und die guten Themen. Überdachte Abstellmöglichkeiten seien sehr sinnvoll. Selbst am Bau teilnehmen zu können, werde eher schwierig sein. Mitmachen könne man eher im Vorfeld. Man sollte an allen gewünschten Standorten für Überdachungen prüfen, ob Solar eine

Möglichkeit wäre. Vor allem der Schwimmbadstandort sei diesbezüglich wichtig. Die Jugendlichen müssten sich nicht nur auf die Schul-Abstellplätze begrenzen, sondern auch andere städtische Fahrradabstellmöglichkeiten betrachten. Der Obstflohmarkt ist für ihn keine kleine Sache, sondern könne ein wirklich schönes Fest werden. Da könne man sich auch Hilfe holen, etwa von den Obst- und Gartenbauvereinen zum Präsentieren von Früchten, oder Mosten. Auch die anderen Gruppen könnten ihre Projekte mit Stellwänden o.ä. vorstellen. Auch er sieht keine Probleme, den Parkplatz abzusperrern, da weniger Schwimmbadgäste als im Sommer, und schlägt vor, auch Stadtmarketing und Klimaschutz einzubeziehen.

Frau Vollmer ergänzt, dass es in Wiesenbach auch ein sehr interessantes Projekt in dieser Richtung gibt, bei dem sich die Jugendlichen beteiligen können. Infos gebe es auf der Wiesenbacher Homepage.

Stadtrat Fritsch hat den Obstflohmarkt ins Herz geschlossen. Er freut sich, dass die Jugendlichen die Bedeutung der heimischen Natur erkannt haben. Die Stadt habe schöne Bäume, evtl. biete es sich an, Patenschaften zu übernehmen.

Stadtrat Katzenstein hat mit dem Verkehrsministerium gesprochen. Nachträgliche Überdachung von Fahrradabstellanlagen sei auch unterjährig förderfähig, 720 Euro pro Platz. Am Schulzentrum dürfte das nicht problematisch sein, ggf. müsste der Bauhof die bestehenden Plätze wegen der Bäumchen etwas versetzen lassen. Man solle dieses Jahr tätig werden, da es noch den Coronabonus gibt.

Frau Vollmer bestätigt, dass die Fahrradstellplätze am Schulzentrum an ihrem derzeitigen Standort tatsächlich nicht überdacht werden können. Sie sei diesbezüglich in Kontakt mit Klimaschutzmanagerin, und man sei dabei, alle Stellplatzmöglichkeiten zu prüfen.

Der Bürgermeister gibt zu bedenken, dass beim Zustellen von Freiflächen auch die Brandschutzauflagen zu beachten seien.

Stadtrat Wachert ist begeistert, dass die Jugendlichen in der Stadt hörbar werden. Er berichtet, er selbst und Stadtrat Hertel kämen eigentlich aus der Jugendarbeit und bieten sich als Kontaktpersonen an. Er schlägt vor, die Stadträte könnten Patenschaften für die Jugendgemeinderäte übernehmen. Die Jugendlichen könnten diese dann ansprechen, wenn sie Fragen haben. Bei ihrer eigenen Arbeit als Jugendliche hätten sie den ein oder anderen Kampf mit dem Gemeinderat ausgefochten – es sei teilweise schwer gewesen, den Gemeinderat davon zu überzeugen, dass es Jugendarbeit geben solle. Das sei nun zum Glück anders, und er freue sich sehr, dass diesbezüglich wieder etwas passiere, das habe ihm jahrelang gefehlt. Beim Jugendtreff könnte man evtl. wieder anknüpfen.

Stadtrat Hornung gibt zu bedenken: wenn es regnet, sei kaum jemand im Schwimmbad. Wenn die Fahrradparkplatz-Überdachungen es nicht mit Solar ausgestattet werden könnten, sei es fraglich, ob sich die Überdachung lohnt.

Der Bürgermeister hat den Antrag der Jugendlichen dahingehend verstanden, dass es vor allem die Schulstandorte sind, die den Jugendlichen wichtig sind.

Stadtrat Bergsträsser erinnert, auch die Grundschulen Dilsberg-Mückenloch und Waldhilsbach nicht zu vergessen.

Stadträtin Dr. Welter hat sich die Plätze am Schulzentrum ebenfalls angeschaut. Es gebe gewiss viele Möglichkeiten, man solle das so schnell wie möglich umsetzen.

7.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat der Stadt Neckargemünd beauftragt die Stadt Neckargemünd einstimmig damit, in Kooperation mit der Jugendbeteiligung, die Machbarkeit einer Überdachung der Fahrrad-Stellplätze, prioritär an den Schulen, sowie am Freibad zu prüfen. Es soll an Abstellplätze sowie für Fahrräder als auch Roller (Grundschule) gedacht werden.

Der Gemeinderat befürwortet, ebenfalls einstimmig, die Veranstaltung eines Obstflohmarktes. Die Verwaltung wird beauftragt, die Jugendlichen bei der Organisation und Durchführung nach Kräften zu unterstützen.

8: **Allgemeine Finanzprüfung der Stadt Neckargemünd 2013-2017: Prüfbericht und Abschluss der überörtlichen Prüfung**

8.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 3 Finanzen ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt.
Herr Möhrle erläutert die Vorlage kurz. Der Verwaltung werde ein ordnungsgemäßes Haushalts- und Rechnungswesen bescheinigt. Besonders Bezug genommen hätte der Bericht auf die Nettoinvestitionsrate, d.h. die aus eigener Kraft erwirtschafteten Mittel, die für Investitionen zur Verfügung stehen. Es sei eine zeitnahe Ausschöpfung aller Einnahmemöglichkeiten geraten worden. Im letzten Jahr sei schon einiges in dieser Richtung passiert, etwa durch Anpassung von Gebühren und Besteuerung. Auf der Ausgabenseite sei die Überprüfung der freiwilligen Aufgaben angemahnt worden, um in Sachen Struktur etwas zu unternehmen – etwa in der Haushaltsstrukturkommission.

8.2: **Beratung:**

Stadtrat Konrad fragt nach der Pro-Kopf-Verschuldung, im Hinblick auf die Vergleichszahl bei Vorhandensein von Eigenbetrieben.

Herr Möhrle erklärt, die deutliche Mehrheit der Kommunen habe Eigenbetriebe. Diese könnten selbst Schulden aufnehmen. Diese müssten aber auch, um die Vergleichbarkeit herzustellen, im Gesamthaushalt angeführt werden. Neckargemünd müsse also die städtischen Schulden im Vergleich zu Kommunen, die Eigenbetriebe haben, ins Verhältnis setzen. Dadurch, dass Neckargemünd keine Eigenbetriebe habe, sei die Pro-Kopf-Verschuldung niedriger. Zusätzlich sei die Verschuldung in den letzten Jahren zurückgefahren worden. Wenn man allein die Verschuldung betrachte, gehe es der Stadt gut. Die Verschuldungsgrenze insgesamt sollte jedoch nicht überschritten werden. Hauptproblem sei vielmehr das deutliche Defizit im Ergebnishaushalt.

Der Bürgermeister ergänzt, Investitionen wären im Grunde leistbar, aber es bestehe das Problem, dass Einnahmen und Ausgaben in einem Missverhältnis stehen.

Nachdem die Erfüllung der Pflichtaufgaben gesichert sein müsse, werde man insbesondere bei den freiwilligen Leistungen überdenken müssen, was man sich davon noch leisten könne.

Herr Möhrle gibt zu bedenken, jede Investition führe zu erhöhten Abschreibungen, die letztendlich das Defizit vergrößern.

Die Ausführungen von Stadtrat Rehberger werden dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Stadträtin von Reumont nimmt erfreut zur Kenntnis, dass sich im Vergleich zum vorherigen Zeitraum die finanziellen Verhältnisse gebessert haben. Man müsse sich fragen, an welchen Stellen sich die Prüfer eine weitere Verbesserung vorstellen. Erfreulich sei, dass sich die Pro-Kopf-Verschuldung positiv entwickelt habe. Bezüglich der mittelfristigen Finanzplanung sei deutliche Kritik geäußert worden. Ihr ist nicht klar, warum Aussagen zum Jahr 2022 getroffen wurden, obwohl gar nicht mehr nach Kameralistik gearbeitet worden sei. Insgesamt bedeute es eine unverhohlene Kritik, wenn schon damals, wo sich unter Kameralistikgesichtspunkten die Lage eher besser dargestellt hätte, schon eine schlechte Situation bescheinigt wurde.

Stadtrat Schimpf betont ebenfalls, dass die schwierige Finanzsituation nicht an Herrn Möhrle liegt. Man lebe in einer schönen Landschaft, aber es fehlten die Mittel. Man hoffe, dass die Landesregierung in die Förderung der Kitagebühren einsteigt, dann könnte man etliche Verbesserungen erreichen.

Stadtrat Wachert geht auf die Situation vor einigen Jahren ein. Als Gegenleistung zu den Eingemeindungen sei der Stadt versprochen worden, zum Mittelzentrum aufzusteigen. Das hätte pro Kopf wesentliche Verbesserungen gebracht. Dieses Versprechen sei nie eingehalten worden. Die Finanzlage sei nicht gut, und er könne sich auch nicht vorstellen, dass man sie wesentlich verbessern könnte. Er sehe hier keinen großen Hebel. Gewissermaßen sei dies auch den Ortsteilen geschuldet, da die städtischen Ausgaben aufgrund der vielen Einrichtungen um ein Vielfaches größer seien. Bei der Landesregierung solle man klar Stellung beziehen und darauf hinweisen, dass die Stadt durch die Eingemeindungen Probleme habe, die vielen Einrichtungen zu bewirtschaften.

Stadtrat Fritsch treibt um, dass Firmen, die lange Jahre gute Steuerzahler gewesen seien, aus Neckargemünd weggegangen seien, obwohl man ihnen viel zugestanden habe. Man müsse mit dem, was wir haben, zurecht kommen, und sollte das Angefangene zuerst beenden, bevor man Neues anfängt.

Stadträtin Linier hält Gegenrede zu Stadtrat Wachert. Es habe so geklungen, als wären die Eingemeindungen, somit die Ortsteile, an der schlechten Situation der Stadt schuld. Die Waldhilsbacher brächten gute Steuereinnahmen, und man habe auch keine größeren Veranstaltungen, die Kostentreiber sind.

Stadtrat Wachert räumt ein, dass er seine Aussage nicht so gemeint habe, als seien die Ortsteile an der Finanznot Schuld. Ihm gehe es vielmehr um die Verantwortlichkeit der Landesregierung.

Der Bürgermeister stellt klar, dass die Struktur Neckargemünds deutlich anders ist als eine von Gemeinden ähnlicher Größe, aber ohne Ortsteile. Man sei auch froh über diese Vielfalt und lebe gut damit. Auch die GPA erkenne an, was Gemeinderat, Bürgermeister und Verwaltung gemeinsam getan hätten, um die Situation im Ergebnishaushalt zu verbessern. Gewiss habe man aber auch einige Klötze am Bein, die viel kosten, etwa ein Schulzentrum, das überwiegend von Auswärtigen besucht, aber allein von der Stadt bezahlt werde. Auch die Diversität über die Ortsteile koste Geld, aber mit dieser Lage könne man umgehen, liebe unsere Ortsteile, stehe dazu und sehe, dass dort auch Investitionen nötig sind. Er persönlich beneide die Ortsteile um den Zusammenhalt und das Vereinsleben, die in der Summe größer als in der Kernstadt sind. Das sei auch eine Leistung der Ortsverwaltung und Einwohnerschaft, wofür man dankbar sei. Man müsse in den nächsten Monaten mit der Haushaltsstrukturkommission schauen, was man weiter tun könne, und das werde dann auch weh tun. Ende 2021 habe man viele Gebühren und Beiträge bereits so weit erhöhen müssen, dass es der Bevölkerung weh tut. Dies hätte man an sich viel früher tun müssen, sei aber nun auf einem guten Weg und müsse so weitermachen. Beispielsweise habe man auch erreicht, mit allen Ortsteilen in das Förderprogramm Ländlicher Raum zu kommen.

Stadtrat Katzenstein führt aus, das Thema „Flächenfaktor“ sei im Land in den letzten Jahren diskutiert worden, man sei aber davon abgekommen. Die Infos darüber verspricht er an die Gemeinderäten weiterzugeben.

8.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat nimmt den wesentlichen Inhalt des Prüfberichts und den Abschluss der überörtlichen Prüfung zur Kenntnis.

9: **Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen**

9.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 3 Finanzen, ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt. Der Bürgermeister betont, es seien über die letzten Monate wieder fast 36.000 Euro an Spenden eingegangen.

9.2: **Beratung:**

-

9.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat nimmt die in der Anlage aufgeführten Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen an bzw. beschließt über deren Vermittlung.

Vor Aufruf des nächsten TOPs stellt Stadtrat Bergsträsser den Antrag auf namentliche Abstimmung ohne Aussprache. Die diesbezügliche Abstimmung ergibt: 13 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen. Der Antrag ist damit angenommen.

10: **Bauantrag zum Abbruch des bestehenden Gebäudes incl. aller Nebengebäude auf dem Grundstück Flst. Nr. 597, Ortsstr. 9 und des Wohnhauses auf dem Grundstück Flst. Nr. 596, Am Neckarberg 1, Dilsberg**

10.1: **Sachvortrag:**
Die Vorlage des FB 6 Bauwesen, Tiefbau, Verkehr ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt. Der Bürgermeister erläutert die Vorlage.

10.2: **Beratung:**

10.3: **Beschluss:**
Der Gemeinderat versagt einstimmig sein Einvernehmen gemäß §34 Baugesetzbuch, gemäß der folgenden namentlichen Abstimmung:
Für die Erteilung des Einvernehmens spricht sich niemand aus.
Gegen die Erteilung stimmen sämtliche anwesenden Mitglieder der Grünen-Fraktion (Stadträtinnen Groesser, Schlüchtermann, Weber und Dr. Welter; Stadträte Katzenstein und Konrad), der Freien Wähler (Stadträtin Stephanie Streib, Stadträte Rehberger, Dr. Rothe, KH Streib und Wachert), der SPD (Stadträtinnen Striegel und Linier, Stadträte Bergsträsser, Hertel, Hornung und Schimpf) sowie Stadtrat Schendzielorz (CDU) und Stadtrat La Licata (Linke / fraktionslos).
Enthaltungen: CDU: Stadträtinnen von Reumont, Oppelt und Weichert, Stadtrat Wagner; Stadtrat Fritsch (fraktionslos), sowie der Bürgermeister.

11: **Mitteilungen und Anfragen**

11.1 **Zensus 2022**
Der Bürgermeister kündigt an, den Stadträten eine Email bezüglich Zensus weiterzuleiten. Dieses Jahr finde wieder ein Zensus statt. Die darin zu beantwortenden Fragen seien für die Stadt Neckargemünd von enormer Bedeutung. Man habe durch die Hochrechnung beim letzten Zensus rund 1.000 Einwohner verloren, was insgesamt 1,4 Mio Euro Verlust im Haushalt pro Jahr bedeutet habe. Es sei eminent wichtig, dass der Zensus ordentlich erhoben wird. In der angekündigten Email suche der Rhein-Neckar-Kreis Zensuserheber. Dies sei ein Ehrenamt, werde vergütet. Aus der Verwaltung dürfen viele nicht mitmachen, da sie hoheitliche Aufgaben erfüllen. Er bittet die Räte darum, das Schreiben an zuverlässige Leute weiterzugeben, die diese Aufgabe erfüllen können.

11.2 **Berichterstattung der RNZ zur Lärmaktionsplanung**
Der Bürgermeister kritisiert den entsprechenden Artikel der Rhein-Neckar-Zeitung in der gestrigen Ausgabe. Die Darstellung in der Zeitung stellte vermutete Fehlleistungen und Versäumnisse der Stadtverwaltung in den Fokus. Sie sei ein Schlag ins Gesicht der Verwaltung gewesen, der im Rathaus für berechtigte Empörung

gesorgt habe. Das lasse er nicht auf der Verwaltung sitzen, und verahre sich gegen die im Artikel vorgebrachte Kritik deutlich. Die Verwaltung habe wiederholt nachgehört. Zudem setze man als Kommunalverwaltung nicht andere Behörden unter Druck, wenn man ohnehin schon wisse, dass ein Projekt von vornherein schon länger dauern werde. Mit der Unterstellung, die städtischen Mitarbeiter hätten etwas an die falsche Adresse geschickt, habe man sie lächerlich gemacht. Wenn schon der Vorwurf der Untätigkeit erklingen solle, müsse man das für die Zeit zwischen 2009 und 2016 tun. Bereits 2009 sei der Lärmaktionsplan verpflichtend gewesen, aber es sei nichts passiert. Heute sei die Rückmeldung vom Landratsamt eingegangen, dass unsere Abwägung nicht ausreichend gewesen, beim Ermessen nicht ausreichend berücksichtigt sei. Noch heute habe man dies dem beauftragten Büro Koehler und Leutwein weitergeschickt, mit der Bitte um Stellungnahme und Rückäußerung. Er halte die Bedenken des LRA für unbegründet. Die Frage, ob der Lärmschutz hinter den ÖPNV zurückweichen muss, sehe er nicht als gegeben. Auch die Bahn als Lärmverursacher werde zu wenig in die Verantwortung genommen.

11.3 **Wohnungsnot in Neckargemünd**

Stadtrat Wachert mahnt, man solle mit der SRH dringend in Gespräche gehen, an die 50 Wohnungen könnten sie gewiss freimachen.

11.4 **Baustellensituation: Wiederherstellung Gehwege**

Stadtrat Fritsch trägt vor, es gebe verschiedene große Baustellen in Ngd, wo sich die Gehwege abgesenkt hätten. An verschiedenen Baustellen sollten endlich die Gehwege wieder fertig gestellt werden.

11.5 **Anlagen der öffentlichen Stadtratsprotokolle auf der Homepage**

Stadträtin Groesser mahnt an, dass die schriftlichen Redebeiträge mit den Protokollen veröffentlicht werden sollen.

11.6 **Bebauung ehemaliges Pabst-Gelände**

Stadträtin Oppelt führt aus, am ehemaligen Pabst- Gelände seien die Bauarbeiten im Prinzip fertig, aber es gebe noch gefährliche Stellen.

Der Bürgermeister

Die Urkundspersonen
Stadträtin Striegel

Die Schriftführerin

Stadträtin Weichert